

Fastfood ohne Schweinefleisch

ERNÄHRUNG In Frankreich hat die Schnellimbisskette Quick Erfolg mit muslimischem Halal-Fleisch. Dafür müssen Kunden auf Schweineschinken und -speck verzichten. Erregte Kritik

AUS PARIS RUDOLF BALMER

Religiöse Bräuche spielen in Frankreich eine immer größere Rolle, auch beim Essen. Die kommerziellen Versuche der französischen Fastfoodkette Quick mit nach islamischen Vorschriften geschlachtetem Halal-Fleisch sind so erfolgreich, dass die Umstellung der auf eine speziell gläubige muslimische Kundschaft ausgerichteten Speisekarte von 8 auf 22 der insgesamt 358 Restaurants ausgedehnt wird.

Das ist kulinarisch, politisch oder religiös nicht nach jedermanns Geschmack. Gegen diese Halal-Quick-Burger in Straßburg und Kingersheim läuft im Elsass die Regionalistenpartei Alsace d'abord Sturm. Die rechtsextreme Gruppierung, die bei den letzten Regionalwahlen 5 Prozent der Stimmen erhalten hat, hat eine Strafklage wegen Diskriminierung angekündigt.

Mit dem Angebot von Fleisch, das explizit nach islamischen Regeln zubereitet werde und von geschlachteten Tieren stamme, praktiziere Quick ein „ethnisches Marketing“ und fördere eine „Ghettobildung“, begründet die elssässische Rechtspartei ihre Klage. Zudem würden die Konsumenten von Halal-Fleisch indirekt zur Finanzierung der muslimischen Organisationen beitragen, die die entsprechenden Zertifikate über eine korrekte Fleischherkunft und die Beachtung der Schlachtrituale ausstellen.

Dem widerspricht die Fastfoodkette. Ihr Argument: Die Restaurants, die kontrollierte Halal-Steaks, aber keinen Schweineschinken oder Speck anbieten, respektieren nicht die religiösen Kriterien, da sie weiterhin alkoholhaltiges Bier anbieten und künftig auch mindestens einen nicht nach Halal-Regeln hergestellten Hamburger verkaufen. Dieser wird allerdings anderswo vorfabriziert und dann nur für den Verzehr aufgewärmt. Die Quick-Restaurants seien also – im Unterschied zu den Steaks – nicht wirklich mit Halal-Vor-



Hier gibt es Halal-Fleisch: Quick-Restaurant in Fleury-Mérogis, südlich von Paris Foto: dapt

schriften konform und würden deswegen auch nicht von Vertretern einer Moschee kontrolliert, so die Firma. Für ihn, sagte Quick-Chef Jacques-Edouard Charret unlängst, gelte nur ein Gesetz: der kommerzielle Erfolg, nicht aber islamische Gebote der Scharia.

Und bisher funktioniert Halal bei Quick: Die speziellen Restaurants haben ihren Verkauf meistens nahezu verdoppelt. Das Unternehmen hofft, mit seiner Multikulti-Marketingstrategie gegenüber der auf dem Fastfoodmarkt dominierenden amerikanischen Konkurrenz ein zukunftsträchtiges Segment erobern zu können. Eine Ausweitung des Halal-Marketings wird nicht ausgeschlossen. Für die Entscheidung, aus dem Quick-Restaurant Schinken und Speck vom Schwein zu verbannen, um vermehrt eine muslimische Kundschaft anzuziehen, nennt Quick drei Kriterien für einen

Bedarf an Halal-Produkten: eine spürbare Zunahme des Verkaufs von Fisch bei einem gleichzeitigen Rückgang des Schweinefleischs sowie eine während der Fastenzeit Ramadan variierende Konsumentenanzahl.

Fateh Kimouche vom muslimischen Konsum-Online-Magazin „Al Kanz“ sieht nur Vorteile:

Eine rechtsextreme Partei aus dem Elsass klagt wegen Diskriminierung

„Bei Quick wurden so bereits mehr als 200 Stellen geschaffen, 350 weitere sind möglich. Damit wird Halal zu einem Wachstumspotenzial.“ Abgesehen von diesen ökonomischen Überlegungen sei er persönlich aber nicht überzeugt, dass es generell einen „exzellente Sache“ sei, wenn

Muslime sich am Ende vermehrt mit Fastfood ernähren.

Die Polemik um die Halal-Steaks bei Quick, die einigen in den falschen Hals geraten sind, weil sie sich dabei in ihrer Furcht vor einer Islamisierung der französischen Gesellschaft bestärkt fühlen, wäre vielleicht von geringer Bedeutung, wenn die Fastfoodkette nicht im Besitz einer staatlichen Bank wäre, nämlich der Caisse des Dépôts et Consignés. Diese 1816 gegründete Institution dient vor allem für Anleihen der Kommunen, übernimmt aber immer mehr die Rolle als Anleger zur Wirtschaftsförderung. Mit der Investition in ein Unternehmen, das mit religiösen Kriterien Marketing betreibt, hat die Bank aber auch nach Meinung von Kritikern, die nicht zu islamophoben Gruppen zählen, gegen ein in Frankreich sakrosanktes Prinzip verstossen: der Trennung von Religion und Staat.

Fragwürdige Vergaben bei IT-Bundesamt

SICHERHEIT Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik vergibt mehr als 100 Aufträge ohne Ausschreibung. Der Rechnungshof rügt die Praxis, das BSI rechtfertigt sich mit „politischem Erfolgsdruck“

BONN taz | Wie jetzt bekannt wird, hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) über mehrere Jahre hinweg einen Großteil seiner Studien und Entwicklungsvorhaben ohne hinreichende Begründung freihändig vergeben. Dabei lag den meisten Vergaben nur ein einziges Angebot zugrunde.

Die Praxis der Behörde fiel auf, weil der Bundesrechnungshof die Vergabepolitik des BSI in den Jahren 2005 bis 2008 prüfte. Dabei stellten die Rechnungsprüfer fest, dass die Behörde zwischen 63 und 85 Prozent seiner Studien und Entwicklungsvorhaben in dem Zeitraum freihändig vergeben hat. In rund 85 Prozent der freihändigen Vergaben holte das BSI nur ein einziges Angebot ein und vergab den Auftrag ohne Wettbewerb. Insgesamt geht es um 185 Aufträge, die auf diese Weise vergeben wurden. Um welche Art von Projekten es sich genau handelt, ist nicht bekannt, da die Prüfberichte des Bundes-

rechnungshofs vertraulich sind. Das BSI gehört zum Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums und berät vorrangig Behörden in Fragen der IT-Sicherheit. Das Amt, das seinen Hauptsitz in Bonn hat, ging aus der „Zentralstelle für das Chiffrierwesen“, einer Dienststelle des Bundesnachrichtendienstes, hervor und beschäftigt mittlerweile 500 Mitarbeiter.

Das Bundesamt begründete seine zweifelhafteste Vergabepolitik damit, dass die Leistung nicht genau beschrieben werden könne, um mehrere Angebote miteinander zu vergleichen. Daneben verfügten nur die ausgeschriebenen Unternehmen über das erforderliche Fachwissen. Einige der Projekte stünden zudem unter „politischem Erfolgsdruck“. Das BSI räumte ein, dass freihändige Vergaben im Einzelfall möglicherweise nicht transparent dargestellt worden seien.

Der Bundesrechnungshof, der die große Anzahl der freihändigen Vergaben beanstandete, gab

sich damit nicht zufrieden: Auch bei Vorliegen von Ausnahmestatbeständen seien Aufträge so weit wie möglich im Wettbewerb zu vergeben. In einem Bundestagsdokument ist die Rede davon, der Rechnungshof sehe „mehr als nur formale Defizite“ und vertrete die Auffassung, „dass ein großer Anteil der freihändigen Vergaben auf vergabefremde Erwägungen zurückzuführen ist“. Die Rechnungsprüfer forderten das Bundesamt deshalb auf, Leistungen auch bei freihändiger Vergabe grundsätzlich im Wettbewerb zu vergeben.

„Steuergelder in kaum vorstellbarer Höhe wurden verplempert“

JAN KORTE, LINKSPARTEI

gaben auf vergabefremde Erwägungen zurückzuführen ist“. Die Rechnungsprüfer forderten das Bundesamt deshalb auf, Leistungen auch bei freihändiger Vergabe grundsätzlich im Wettbewerb zu vergeben.

Die Vergabepolitik des BSI war mittlerweile auch Thema im Innenausschuss des Bundestages. Wie aus einem vertraulichen

Ausschussdokument hervorgeht, das der taz vorliegt, fragte die stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion, Gisela Piltz, den anwesenden Staatssekretär im Innenministerium, Christoph Bergner, bereits im Juni, was unter „politischem Erfolgsdruck“ zu verstehen sei. „Möglicherweise sei [...] damit zum Beispiel das Personalausweisvorhaben gemeint“, zitiert das Dokument Bergner. Der neue Personalausweis wird ab Herbst ausgeben und enthält einen Chip mit persönlichen Daten. Sicherheitsbedenken hatte das BSI Ende August wieder zurückgewiesen.

Jan Korte, Innenexperte der Linksfraktion im Bundestag, kritisiert, die durch das BSI betriebene Form der Sicherheitsforschung bediene „in erster Linie die Interessen der Sicherheitsbehörden und der Hightechindustrie“. Das BSI habe „Steuergelder in kaum vorstellbarer Höhe regelrecht verplempert“.

MARVIN OPPONG

LESERINNENBRIEFE

die tageszeitung | Rudi-Dutschke-Str. 23 | 10969 Berlin
briefe@taz.de | www.taz.de/Zeitung

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

Sind wir noch eine Demokratie?

■ betr.: „Herr und Diener“, taz vom 11. 9. 10

In diesem Kommentar ist vortrefflich geschildert, was von Schwarz-Gelb zu erwarten war und ist. Im Rundfunk war heute noch zu hören, dass auch die Pharmaindustrie sich mit den Forderungen nach weniger Kontrolle durch das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) durchgesetzt hat. Wie hoch mögen die Spenden an die drei Parteien wohl sein? Wie heißt es im Grundgesetz Artikel 20 (2)? Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sind wir noch eine Demokratie oder eine Bananenrepublik?

MARION MANNECK, Essen

Missverständliche Karikatur

■ betr.: „Medienpreis für Kurt Westergaard“, taz vom 9. 9. 10

Woran erkennt man bei dem dänischen Mohammed-Karikaturisten Westergaard sein besonderes Eintreten für die Meinungsfreiheit? An den Versuchen von religiösen Fanatikern, ihn zu ermorden? Hat er das denn vorausgesehen, und wollte er sich dieser Gefahr aussetzen und notfalls opfern? Mit seiner missverständlichen Karikatur hat er die religiösen Gefühle zahlreicher Muslime verletzt, und Ausschreitungen in der islamischen Welt führten zu bis zu 150 Toten. Kein Wort dazu von ihm bei der Preisverleihung und ebenso wenig bei unserer Regentin, der großen Kämpferin für die Meinungsfreiheit. Gibt es da nicht bessere diesbezügliche Betätigungsfelder für sie? Herr Westergaard erklärte, er würde es wieder tun. Er hat ganz offensichtlich keinerlei Probleme mit den 150 toten Menschen. Mehr menschliche Größe hätte er mit der Aussage bewiesen: Hätte ich gewusst, dass als Folge so viele Menschen sterben würden, ich hätte diese Karikatur nicht gezeichnet. Der Tod dieser Menschen ist das nicht wert.

Übrigens bezeugt die Geschichte des Christentums keinesfalls ein Übermaß an Toleranz, insbesondere auch gegenüber anderen Religionen. Auch heute glauben Katholiken, die einzig wahre und seligmachende Religion zu sein.

Auswüchse wie die geplante Koranverbrennung von christlichen Fanatikern am Jahrestag der Bombardierung des Moneda-Präsidentenpalastes in Chile (1974), dem Freitod Allendes und Beginn der blutigen Militärdiktatur Pinochets kommen dann schon mal vor.

ANGELIKA HAMLAOUI, Münster

Die Realität ist viel bunter

■ betr.: „Die Durchschnittswerte sind halt so“, taz vom 11. 9. 10

Eigentlich habe ich auf die Sarrazin-Debatte keine Lust und schon gar nicht darauf, sein Buch zu lesen. Aber nun beschäftigt mich die Debatte schon zum dritten Mal. Das erste Mal war die Aufregung, die das Interview mit den „Kopftuch-Mädchen“ in der *Letzte* verursachte. Warum wurde ihm da überhaupt der mediennützliche Raum für seine Thesen zugestanden? Müssen uns die demografischen und migrationspolitischen Thesen eines Bundesbankers interessieren? Wahrscheinlich war die Veröffentlichung ausgelöst durch das diebische Vergnügen, das personalpolitische Kalkül, Herrn S. in den Bereich der finanzpolitischen Expertokratie entsorgt zu haben, zu durchkreuzen. Schade, Herr S. hat damals erneut wohlige Schauer erlebt durch die ihm gewährte Aufmerksamkeit. Dabei ist doch schon lange klar, dass sein IQ seinen EQ um einiges übersteigt und dass es mit seiner sozialen – geschweige denn sozialpolitischen – Kompetenz nicht weit her ist.

Das zweite Mal tauchte vor ein, zwei Wochen plötzlich in der taz die Frage nach der Sinnhaftigkeit des großen Medienechos der Buchveröffentlichung auf. Das ist dann wohl wie „Haltet den Dieb“ rufen. Fall drei – und jetzt geht es um die Thesen selbst: Der heutige Bericht über die Diskussion in Potsdam macht darauf aufmerksam, wie dicht Rassismus und Sexismus beieinanderliegen. Die Thesen des Herrn S. über die Vererbung von Intelligenz erinnern an Vererbungstheorien, in denen der männliche Samen in das Gefäß des weiblichen Körpers gegossen wird. „Der Arbeiter“, „der Akademiker“ vererben so ihre Fähigkeiten und lassen ihre Kinder von (hirnlosen) Frauen austragen. Ach, HERRJE. Gut, dass die Realität so viel bunter ist. SABINE HÜBNER, Berlin

Unwürdiges Spektakel

■ betr.: „Die Durchschnittswerte sind halt so“, taz vom 11. 9. 10

Lieber Günter Wallraff, es reicht, jetzt bist du zu weit gegangen! Bitte nimm deine Sarrazin-Maske ab und beende das unwürdige Spektakel. STEFAN BÖHLKE, Buchholz

VOM WORT ZUR TAT

Nächster **taz Panter Workshop**
vom 28. – 31. Oktober 2010

Praxisorientierte Einführung in den kritischen Qualitätsjournalismus und Produktion von 4 taz-Sonderseiten. Für Menschen zwischen 18 und 28 Jahren mit kritischem Bewusstsein.

Dein Talent bewegt etwas

Bewerbungen bis 20. 9. online unter www.taz.de/stiftung
Telefon: 030-25 90 22 13